

Rheinische Volkszeitung

Telegramm-Adresse:
Volkszeitung Wiesbaden.

Wiesbadener Volksblatt

Fernruf in Wiesbaden: Redaktion 6030,
Verlag 636, in Oestrich 6, in Eltville 218.

Die Rheinische Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, vom 11. Uhr.
Expedition in Wiesbaden, Friedrichstraße 30; Zweig-Expeditionen in Oestrich (Ost. Grenze),
Postfach 9 und Eltville (W. Grenze), Ost. Grenze, Postfach 9. — Über 200 eigene Agenturen.

Ar. 106 — 1916

Regelmäßige Frei-Beilagen:
Wöchentlich einmal: Die Rheinische Volkszeitung.
Zweimal jährlich: Rheinische Volkszeitung. — Über 200 eigene Agenturen.

Samstag
6
Mai

Bezugspreis für das Vierteljahr 2 Mark 10 Pf., für den Monat 70 Pf., frei ins Haus; durch die Post für
das Vierteljahr 2 Mark 52 Pf., monatlich 48 Pf. mit Bestellgeld. — Einzelheftpreis: 20 Pf. für die kleine Beilage
für auswärtsige Bezugsnehmer 25 Pf. Postanweisung 1 Mark; bei Wiederbestellungen wird entsprechender Rabatt gewährt.

Verantwortlich: Dr. phil. Franz Seuche

Redaktion: Für die Redaktion und Druckerei: Dr. phil. Franz Seuche, für die Druckerei: Dr. phil. Franz Seuche, für die Druckerei: Dr. phil. Franz Seuche.

34. Jahrgang.

Der Wortlaut der deutschen Note

Die deutsche Antwort

Unsere Regierung hat ihre Antwort auf Herrn Wilsons Ultimatum bekannt gegeben. Die Meinungen im deutschen Volk darüber, wie die Antwort beschaffen sein mußte, waren bekanntlich geteilt. Manche glaubten, daß eine entschiedene Sprache gegenüber Amerikas Vorgehen im Blase sei, daß auch die Vereinigten Staaten nicht im geringsten zu fürchten hätten. Wir haben uns einer solchen Meinung nicht anschließen können. Gewiß befriedigten wir nicht, daß Amerikas Anstrengungen und den Sieg entziehen würden. Aber die Feinde, welche Frankreich und England, ließen ihren Blick hoffnungslos über den großen Teich hinübergleiten und es ist kaum zu bezweifeln, daß sie von neuem von Siegeshoffnungen erfüllt wären. Wir dürfen hoffen, daß man in Frankreich der Erfüllung immer näher rückt und daß darum in Paris die Vermunft Oberhand bekommt. Unseren Gegnern hätte der Tat kein größeres Glück widerfahren können, als wenn ein neuer Bundesgenosse erhielten. Dieser neue Bundesgenosse aber besitzt Millionen, verfügt über eine Bevölkerung von mehr als hundert Millionen. Man mag die amerikanische Hilfe noch so gering veranschlagen, an der Tatsache kommt nicht vorbei, daß der Krieg erheblich in die Länge gezogen wird. Aus diesem Grunde haben wir von allem Anfang an die Vermunft verlassen, es möge eine Einigung zustande kommen. Selbstverständlich darf Deutschlands moralisches Ansehen in der Welt nicht darunter leiden. Unerschütterlich hat die deutsche Antwortnote unsere Forderungen und Wünsche vollständig erfüllt. Mit aller Entschiedenheit weist sie falsche Behauptungen zurück, mit aller Deutlichkeit beleuchtet sie merkwürdige Neutralität der Vereinigten Staaten, sie gibt auch keine Wege der U-Boot-Waffe preis und trotzdem hat sie einen Weg gefunden, der die Vereinigten Staaten zwingt, nicht zu Englands und Frankreichs auszuweichen, sondern nimmermehr eine gleiche Entscheidung aus Gründen der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit unsere Feinde, vor allem an die Weiten, zu richten. Die Note ist unsere Erwartungen weit übertroffen und dessen freuten wir uns außerordentlich.

Zwei Tatsachen sind es, die der deutschen Antwortnote das Charakteristikum geben. An die deutschen Seestreitkräfte werden neue Weisungen über Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen auch innerhalb des Seekriegsgebietes ergehen. Kauffahrtschiffe sollen nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben versenkt werden. Dabei werden zwei gewichtige Einschränkungen gemacht. Bekanntlich haben wir schon immer unsere Handelsschiffe angewiesen, beim Betreten eines deutschen Unterseebootes möglichst schnell das Weite zu suchen. Das aber widerspricht dem Völkerrecht und darum haben wir unter allen Umständen daran fest, solche Handelsschiffe bewaffnet, damit sie gegebenenfalls Widerstand leisten können. Auch das widerspricht dem Völkerrecht und darum werden Schiffe, die sich nur Wehr setzen, keinen Schutz finden. Die lapidare Held Beddigen hat zweifellos durch ein solches unglückliches Schiff seinen Untergang gefunden. Gegen diese neuen Bestimmungen wird die Regierung der Vereinigten Staaten kaum einwenden können, denn sie halten sich an die bisherigen Grundsätze des Völkerrechts. Neben sich die Vereinigten Staaten trotz nicht zutreffen, so würden jene Recht behalten, die von allem Anfang an dem guten Willen des Herrn Wilson verweigerten. Man darf jedoch die Erwartung ausdrücken, daß die Amerikaner den klaren Tatsachen nicht vorbeikommen und sich zufrieden werden. Die Gesetze der Menschlichkeit sind geboten, der U-Bootkrieg wird weiterhin in Tätigkeit bleiben und unsere Feinde haben eine schwere Niederlage erlitten. Denn die Hoffnung auf einen neuen Bundesgenossen ist hoffentlich für die Dauer des Krieges dahin. England, Frankreich und Rußland schloßen sich hartnäckig, die Zentralmächte zu zerschmettern. Italien hat sich ihnen angeschlossen, die Zentralmächte zu zerschmettern. Italien hat sich ihnen angeschlossen, die Zentralmächte zu zerschmettern. Italien hat sich ihnen angeschlossen, die Zentralmächte zu zerschmettern.

Der Höhepunkt der deutschen Note bildet der U-Bootkrieg. Die deutsche Regierung bringt den U-Bootkrieg in Einklang mit dem bisher gültigen Völkerrecht. Aber sie verlangt nun, daß Amerika bei der großbritannischen Regierung die Beobachtung der völkerrechtlichen Bestimmungen verlangen und durchsetzen wird. Das ist allerdings eine harte Aufgabe für Herrn Wilson und gewiß erwartet die Welt, daß den berechtigten deutschen Forderungen Folge leisten wird. Seit der papierernen Proteste ist vorbei, Mundstücken hilft nicht, hier muß gehandelt werden. Das Wilson von Deutschland verlangt, muß er auch von Großbritannien fordern. Wir unsererseits sind nicht geneigt, die Völkerrechtsbrüche Englands auf die amerikanische Bank schieben zu lassen. Denn klar und deutlich erklärt die deutsche Regierung: „Sollten die Schritte der Regierung der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewünschten Erfolge führen, dem Völkerrecht bei allen kriegsführenden Nationen Geltung

zu verschaffen, so würde die deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenüber sehen, für die sie sich die volle Freiheit der Entscheidung vorbehalten muß.“ Nun hat Amerika das Wort. Jetzt werden die Vereinigten Staaten beweisen können, ob sie wirkliche Neutralität beobachten wollen, ob sie parteilos in diesem großen Ringen bleiben. Deutschlands letztes Wort ist gesprochen, die Sachlage hat sich jetzt so geklärt, daß alle Deutschen mit ihr zufrieden sein können. Auch die übrigen Neutralen sind gezwungen, Stellung zu nehmen, denn sie werden in ganz gewaltiger Weise unter England, das, wie die deutsche Note sagt, Völkerrechtsbruch auf Völkerrechtsbruch gebäht hat. Der Weltkrieg hat ein neues Blatt aufgeschlagen, das für die Beurteilung der Psychologie der Völker vielleicht für alle Zeiten das Wichtigste sein wird.

Berlin, 5. Mai. (B. V. Amt.) Nachstehende Note ist in Verantwortung der amerikanischen Note vom 20. v. Mts. über die Führung des deutschen U-Bootkrieges dem Vizekonsul der Vereinigten Staaten von Amerika gestern Abend übergeben worden.

Der Unterzeichnete beehrt sich, im Namen der Kaiserlich Deutschen Regierung seiner Excellenz dem Vizekonsul der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn James M. Gerard, auf das Schreiben vom 20. v. Mts. über die Führung des deutschen Unterseebootkrieges nachstehendes zu erwidern:

Die Deutsche Regierung hat das ihr von der Regierung der Vereinigten Staaten

in Sachen der „Suffr“

mitgeteilte Material an die beteiligten Marinestellen zur Prüfung weitergegeben. Auf Grund des bisherigen Ergebnisses dieser Prüfung versichert sie sich nicht der Möglichkeit, daß das in ihrer Note vom 10. v. Mts. erwähnte, von einem deutschen Unterseeboot torpedierte Schiff in der Tat mit der „Suffr“ identisch ist. Die Deutsche Regierung darf sich eine weitere Mitteilung hierüber vorbehalten, bis einige noch ausstehende, für die Beurteilung des Sachverhalts ausschlaggebende Feststellungen erfolgt sind. Falls es sich erweisen sollte, daß die Annahme des Kommandanten, ein Kriegsschiff vor sich zu haben, irrig war, so wird die Deutsche Regierung die sich hieraus ergebenden Folgen tragen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat an den Fall der „Suffr“ eine Reihe von Behauptungen geknüpft, die in dem Maße zutreffen, daß dieser Fall nur ein Beispiel für die vorbeschriebene Methode unterirdischer Zerstörung von Schiffen aller Art, Nationalität und Bestimmung durch die Befehlshaber der deutschen Unterseeboote sei. Die Deutsche Regierung muß diese Behauptung mit Entschiedenheit zurückweisen. Auf eine ins einzelne gehende Zurückweisung glaubte sie indessen im gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit verzichten zu sollen, zumal da die Amerikanische Regierung es unterlassen hat, ihre Behauptung durch konkrete Angaben zu begründen. Die deutsche Regierung beantragt sich mit der Feststellung, daß sie, und zwar lediglich mit Rücksicht auf die Interessen der Neutralen, in dem Gebrauch der Unterseeboote sich weitgehende Beschränkungen auferlegt hat, obwohl diese Beschränkungen notwendigerweise auch den Feinden Deutschlands zugute kommen, — eine Rücksicht, der die Neutralen bei England und seinen Verbündeten nicht beugen. In der Tat sind die deutschen Seestreitkräfte angewiesen, den Unterseebootkrieg nach den allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen über die Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen zu führen, mit der einzigen Ausnahme des Seekriegsgebietes.

im englischen Kriegsgebiet

betroffenen feindlichen Frachtschiffe, bezweigen, der Regierung der Vereinigten Staaten niemals, auch nicht durch die Erklärung vom 8. Februar d. J., eine Zusage gegeben worden ist. Einen Zweifel daran, daß die entsprechenden Befehle loyal gegeben worden sind und loyal ausgeführt werden, kann die Deutsche Regierung niemandem gestatten. Artillerie, wie sie tatsächlich vorgekommen sind, lassen sich bei keiner Art der Kriegsführung ganz vermeiden und sind in dem Krieg gegen einen Feind, der sich aller erlaubten und unerlaubten Listen bedient, erforderlich. Aber auch abgesehen von Artillerie wird der Seekrieg genau wie der Landkrieg für neutrale Personen und Güter, die in den Bereich der Kämpfe gelangen, unvermeidliche Gefahren in sich. Selbst in Fällen, in denen die Kampfhandlung sich lediglich in den Formen des Kreuzkrieges abspielt, sind wiederholt neutrale Personen und Güter zu Schaden gekommen. Auf die Kinnengefahr, der zahlreiche Schiffe zum Opfer gefallen sind, hat die Deutsche Regierung wiederholt aufmerksam gemacht.

Die Deutsche Regierung hat der Regierung der Vereinigten Staaten mehrfach Vorschläge gemacht, die bestimmt waren, die unvermeidlichen Gefahren des Seekriegs für amerikanische Reisende und Güter auf ein Mindestmaß zurückzuführen. Leider hat die Regierung der Vereinigten Staaten nicht geglaubt, auf diese Vorschläge eingehen zu sollen; anderenfalls würde sie dazu beigetragen haben, einen großen Teil der Unfälle zu verhindern, von denen inzwischen amerikanische Staatsangehörige betroffen worden sind. Die Deutsche Regierung hält auch heute noch an ihrem Angebot fest, Vereinbarungen in dieser Richtung zu treffen.

Entsprechend den wiederholten von ihr abgegebenen Erklärungen

kann die Deutsche Regierung auf den Gebrauch der Unterseeboote auch im Handelskrieg nicht verzichten.

Wenn sie sich heute in der Anpassung der Methoden des Unterseebootkrieges an die Interessen der Neutralen zu einem weiteren Entgegenkommen entschließt, so sind für sie Gründe bestimmend, die sich über die Bedeutung der vorliegenden Streitfrage erheben.

Die Deutsche Regierung mißt den hohen Geboten der Menschlichkeit

keine geringere Bedeutung bei als die Regierung der Vereinigten Staaten. Sie trägt auch voll Rechnung der langen gemeinschaftlichen

Arbeit der beiden Regierungen an einer von diesen Geboten geleiteten Ausgestaltung des Völkerrechts, deren Ziel stets die Beschränkung des Land- und Seekriegs auf die bewaffnete Macht der Kriegführenden und die tatsächliche Sicherung der Nichtkämpfenden gegen die Grausamkeiten des Krieges gewesen ist.

Für sich allein würden jedoch diese Gesichtspunkte, so bedeutsam sie sind, für die Deutsche Regierung bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht den Ausschlag geben können.

Denn gegenüber dem Appell der Regierung der Vereinigten Staaten an die gebilligten Grundsätze der Menschlichkeit und des Völkerrechts muß die Deutsche Regierung erneut und mit allem Nachdruck feststellen, daß es nicht die deutsche, sondern die britische Regierung gewesen ist, die diesen furchtbaren Krieg unter Verletzung aller zwischen den Völkern vereinbarten Rechtsnormen auf Leben und Eigentum der Nichtkämpfer ausgebeutet hat, und zwar ohne jede Rücksicht auf die durch diese Art der Kriegsführung schwer geschädigten Interessen und Rechte der Neutralen und Nichtkämpfenden. In der bittersten Notwehr gegen die rechtswidrige Kriegsführung Englands, im Kampf um das Leben des deutschen Volkes hat die deutsche Kriegsführung zu dem letzten, aber wirksamen Mittel des Unterseebootkrieges greifen müssen. Bei dieser Sachlage kann die Deutsche Regierung nur erneut ihr Bedauern darüber ausdrücken, daß die humanitären Gesetze der Amerikanischen Regierung, die sich mit so großer Wärme den bedauernswerten Opfern des Unterseebootkrieges zuwenden, sich nicht mit der gleichen Wärme auch auf die vielen Millionen von Frauen und Kindern erstrecken, die nach der Erklärung der englischen Regierung in den Hunger getrieben werden und durch ihre Hungerqualen die siegreichen Armeen der Zentralmächte zu schimpflicher Kapitulation zwingen sollen. Die Deutsche Regierung und mit ihr das deutsche Volk hat für dieses

ungläubigen Empfinden

umso weniger Verständnis, als sie in wiederholten Malen sich ausdrücklich bereit erklärt hat, sich mit der Anwendung der Unterseeboote streng an die vor dem Krieg anerkannten völkerrechtlichen Normen zu halten, falls England sich dazu bereit findet, diese Normen gleichfalls seiner Kriegsführung zugrunde zu legen. Die verschiedenen Verluste der Regierung der Vereinigten Staaten, die Großbritannien die Regierung zu bestimmen, sind an der strengen Weisung der britischen Regierung gescheitert. England hat auch weiterhin Völkerrechtsbruch auf Völkerrechtsbruch gebäht und in der Vergeßlichkeit der Neutralen jede Grenze überschritten. Seine letzte Maßnahme, die Erklärung deutscher U-Bootboote als Raubware, verbunden mit den Bedingungen, zu denen allein englische U-Bootboote an die Neutralen abgegeben werden, bedeutet nichts anderes als den Versuch, die Tonnage der Neutralen durch unerbittliche Exzesse unmittelbar in den Dienst des englischen Wirtschaftskrieges zu zwingen.

Das deutsche Volk weiß, daß es in der Hand der Regierung der Vereinigten Staaten liegt, den Krieg im Sinne der Menschlichkeit und des Völkerrechts auf die Streitkräfte der kämpfenden Staaten zu beschränken. Die Amerikanische Regierung wäre dieses Erfolges sicher gewesen, wenn sie sich entschlossen hätte, ihre unbestreitbaren Rechte auf die Freiheit der Meere Englands gegenüber nachdrücklich geltend zu machen. So aber steht das deutsche Volk unter dem Eindruck, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Deutschland in dessen Ehrenkampf die Beschränkung im Gebrauch einer wirksamen Waffe verlangt, und daß sie die Aufrechterhaltung ihrer Beziehungen zu Deutschland von der Erfüllung dieser Forderung abhängig macht, während sie sich gegenüber den völkerrechtswidrigen Methoden seiner Feinde mit Protesten begnügt. Auch ist dem deutschen Volk bekannt, in wie weitem Umfang unsere Feinde aus den Vereinigten Staaten mit Kriegsmitteln aller Art versehen werden.

Unter diesen Umständen wird es verstanden werden, daß die Kuratung des Völkerrechts und der Gesetze der Menschlichkeit im deutschen Volk nicht den vollen Widerhall finden kann, dessen ein solcher Appell hier unter anderen Verhältnissen leicht sicher ist. Wenn die Deutsche Regierung sich trotzdem

zu einem härtesten Zugeständnis entschließt,

so ist für sie entscheidend einmal die mehr als hundertjährige Freundschaft zwischen den beiden großen Völkern, sodann aber der Gedanke an das schwere Verhängnis, mit dem eine Ausdehnung und Verlängerung dieses grausamen und blutigen Krieges die gesamte zivilisierte Menschheit bedroht.

Das Bewußtsein der Stärke hat es der Deutschen Regierung erlaubt, zweimal im Laufe der letzten Monate ihre Bereitschaft zu einem Deutschlands Lebensinteressen überdennenden Frieden offen und vor aller Welt zu bekunden. Sie hat damit zum Ausdruck gebracht, daß es nicht an ihr liegt, wenn den Völkern Europas der Friede noch länger vorenthalten bleibt. Mit umso härterer Berechnung darf die Deutsche Regierung ausprechen, daß es vor der Menschlichkeit und der Geschichte nicht zu verantworten wäre, nach Umonatiger Kriegsdauer die über den Unterseebootkrieg entstandene Streitfrage eine den Frieden zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volk ernstlich bedrohende Wendung nehmen zu lassen.

Einer solchen Entwicklung will die Deutsche Regierung, soweit es an ihr liegt, vorbeugen. Sie will gleichseitig ein letztes dazu beitragen, um — solange der Krieg noch dauert — die Beschränkung der Kriegsführung auf die kämpfenden Streitkräfte zu ermöglichen, ein Ziel, das die Freiheit der Meere einschließt und in dem sich die Deutsche Regierung mit der Regierung der Vereinigten Staaten auch heute noch einig glaubt.

Von diesem Gedanken geleitet, teilt die Deutsche Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten mit, daß die Beschränkung an die deutschen Seestreitkräfte ergangen ist, in Beobachtung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze über Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelsschiffen auch innerhalb des Seekriegsgebietes. Kauffahrtschiffe sollen nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben versenkt werden, es sei denn, daß sie liegen oder Widerstand leisten.

In dem Lebenskampf, den Deutschland zu führen gezwungen ist, kann ihm jedoch von den Neutralen nicht zugestimmt werden, sich mit Rücksicht auf ihre Interessen im Gebrauch einer wirksamen Waffe Beschränkungen aufzulegen, wenn keinen Gegnern gestattet bleibt, ihrerseits völkerrechtswidrige Mittel nach Be-

Neben zur Anwendung zu bringen. Ein solches Verlangen würde mit dem Wesen der Neutralität unvereinbar sein. Die Deutsche Regierung ist überzeugt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten eine denartige Zustimmung erteilt; dies entnimmt sie aus der wiederholten Erklärung der Amerikanischen Regierung, daß sie allen Kriegführenden gegenüber die verleihte Freiheit der Meere wiederherzustellen entschlossen sei.

Die Deutsche Regierung geht demgemäß von der Erwartung aus, daß ihre neue Beziehung an die Seestreitkräfte auch in den Augen der Regierung der Vereinigten Staaten jedes Hindernis für die Verwirklichung der in der Note vom 23. Juli 1915 angebotenen Zusammenarbeit zu der noch während des Krieges zu bewerkstellenden Wiederherstellung der Freiheit der Meere aus dem Wege räumt, und sie zweifelt nicht daran, daß die Regierung der Vereinigten Staaten minnher bei der Großbritanniens Regierung die alsbaldige Beobachtung derjenigen völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck verlangen und durchsetzen wird, die vor dem Kriege allgemein anerkannt waren und die insbesondere in den Noten der Amerikanischen Regierung an die Britische Regierung vom 28. Dezember 1914 und vom 5. November 1915 dargestellt sind. Sollten die Schritte der Regierung der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewünschten Erfolge führen, den Befehlen der Menschlichkeit bei allen Kriegführenden Nationen Weltung zu verschaffen.

So würde die Deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenübersehen, für die sie sich die volle Freiheit der Entschlüsse vorbehalten muß.

Der Unterzeichnete bemerkt auch diesen Anlaß, um dem Herrn Botschafter die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern. ges. v. Jagow.

Seiner Excellenz

dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika,

Herrn James M. Gerard.

Zustimmung des Reichstages

Berlin, 5. Mai. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages waren erschienen Reichsanwalt Dr. von Bethmann-Hollweg, die Staatssekretäre Dr. Delbrück, v. Jagow, Dr. Helfferich, Dr. Kräfte, Dr. Hüco, von Cappel, stellvertretender Kriegsminister von Wandel, Unterstaatssekretär Bahnschaffe, Vertreter der Bundesstaaten, sowie etwa 100 Reichstagsabgeordnete. Gleich zu Beginn der Sitzung nahm der Reichsanwalt das Wort, um die deutsche Antwortnote an Amerika bekanntzugeben und unser Verhältnis zu Amerika darzulegen. Hieran schloß sich eine Besprechung an, an der sich Vertreter aller Parteien beteiligten. Die Ausführungen des Reichsanwalts, sowie die Besprechungen waren streng vertraulich. Die Darlegungen des Reichsanwalts über unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und die deutsche Antwortnote haben bei den Parteien weitgehendes Verständnis und Zustimmung gefunden.

Preßstimmen

Berlin, 5. Mai. Die beiden Organe, die bisher am konsequentesten für den rücksichtslosen Unterseebootkrieg eingetreten sind, nämlich die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Kreuzzeitung“, verweisen der Note gegenüber einfach auf ihre bisherige Stellungnahme und enthalten sich jeder weiteren Bemerkung. Deutlich kennzeichnet die „Täg. Rundschau“ den Grund, nach dem wohl viele deutsche Organe bei der Besprechung der Note verfahren werden. Sie sagt: „Nicht rühmen kann ich, nicht verdammen.“ Nur mit den gegebenen Tatsachen müssen wir uns abfinden. Die deutsche Regierung hat nach langen gewissenhaften Erwägungen, bei denen alle politisch und militärisch verantwortlichen Männer und die Vertreter verschiedener Anschauungen mitwirkten, die Entscheidung getroffen und Blick des deutschen Volkes ist es, sich einseitig hinter diese Entscheidung zu stellen. Kritik und Geltendmachung besonderer Meinungen ist in diesem Augenblick künstlich und daher unschaffbar. Wir wollen den Sieg und können ihn nur erreichen, wenn der einzelne zwar sich nicht seiner Liebesgeizung begibt, aber in der Stunde der Entscheidung sich willig und freudig unterordnet. Die Einheitsfront und Freundschaft der Kampfesgegnung muß erhalten bleiben. Und diejenigen, die aus wader Sorge um die Ehre und Zukunft des Vaterlandes eine andere Entscheidung gewünscht hätten, werden ihre Bedrückung zurückstellen und unter die Geörterungen der letzten Woche einen Strich machen. Die deutsche Regierung hat gesprochen und ihr Wort ist für alle gültig.

Erfolgreiche Luftkämpfe

Großes Hauptquartier, 5. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Auch gestern war die Gefechtsintensität an der englischen Front zwischen Armentières und Arras lebhaft. Bei Ginchamps-Gebiete entwickelten sich Panzerkämpfe um einen Sprengtrichter, in den der Feind hatte vorübergehend vordringen können.

Südlich der Somme sind nachts deutsche Erkundungsabteilungen in die feindliche Stellung eingebrochen, haben einen Gegenstoß abgewiesen und einen Offizier und 45 Mann gefangen genommen.

Links der Maas drangen unsere Truppen in vor springende französische Verteidigungsanlagen westlich von Auscourt ein. Der Feind hatte sie unter dem Eindruck unseres Feuers aufgegeben; sie wurden zerstört und planmäßig wieder geräumt.

Südlich von Saucourt wurden mehrere französische Gräben genommen und Gefangene eingebracht. Ein gegen den Westkanal der Höhe „Toier Mann“ wiederholter feindlicher Angriff brach völlig zusammen.

Rechts der Maas kam es besonders nachts zu harter Artillerieintensität.

Ein englischer Doppeldecker mit französischen Abzeichen fiel an der Küste nahe der holländischen Grenze unversehrt in unsere Hand. Die Insassen retteten sich auf neutrales Gebiet. Ein deutsches Geschwader warf auf die Bahnanlagen im Rottel und Auvail (Champagne) sowie auf den Flughafen Tuppies ausgiebig und erfolgreich Bomben ab.

Der Luftkrieg hat im Laufe des April, besonders in der zweiten Hälfte des Monats, auf der Westfront einen großen Umfang und wachsende Erbitterung angenommen. An Stelle des Einzelgefechts tritt mehr und mehr der Kampf in Gruppen und Geschwadern, der zum größten Teil jenseits unserer Linien ausgefochten wird. Im Verlauf dieser Kämpfe sind im Monat April auf der Westfront 26 feindliche Flugzeuge durch unsere Kampfflieger abgeschossen, davon 3 diesseits der Frontlinie in unseren Besitz gefallen. Außerdem erlagen 10 Flugzeuge dem Feuer unserer Abwehrkanonen.

Unsere eigenen Verluste beliefen sich demgegenüber auf zusammen 22 Flugzeuge; von diesen gingen 14 im Luftkampf, vier durch Richtschieß, vier durch Abschuss von der Erde aus verloren.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz:

Es hat sich nichts von besonderer Bedeutung ereignet.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht

Wien, 5. Mai. (W. T. B. Nichtamtlich.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz:

Unsere Flieger belegten vorgestern den Bahnhofsplatz Odabunowo südlich von Rowno mit Bomben. Im Bahnhofsgebäude, in den Werkstätten, im rollenden Material und auf den Schienenanlagen wurden Treffer beobachtet. Mehrere Gebäude gerieten in Brand. Gestern wieder überall erhöhte Gefechtsintensität; vielfach auch Vorseldgeplänkel.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Am 4. Mai vertrieben unsere Truppen nach kräftiger Artillerievorbereitung den Feind aus mehreren Stellungen, nahmen über hundert Alpini, darunter drei Offiziere gefangen und erbeuteten zwei Maschinen-gewehre. Im Marmolada-Gebiet wurde nachts eine schwächere feindliche Abteilung am Abhang des Sasso-Madici gesprengt. Sonst nur mäßige Artillerieintensität.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

Nicht Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:

von Höfer, Feldmarschall-Leutnant.

Ereignisse zur See

Am 4. Mai vormittags haben unsere Seeflugzeuge Salona, am Nachmittag Brindisi bombardiert. In Salona wurden Batterien, Gasenanlagen und Flugzeugstation mehrfach wirkungsvoll getroffen, in Brindisi mehrere Batterien auf Eisenbahnhänge, Bahnhofgebäude und Magazine, ferner im Arsenal inmitten einer dicht zusammenliegenden Gruppe von Gebäuden beobachtet. Mehrere Bomben sind in der Stadt explodiert. Ein zur Abwehr aufsteigendes feindliches Flugzeug wurde sofort vertrieben. Auf dem Rückzuge wurde weit in See der Kreuzer „Marco Polo“ angetroffen und die auf Deck dicht zusammenstehende Besatzung mit Maschinengewehren wirkungsvoll beschossen. Trotz des heftigen Abwehrens sind sowohl von Salona als auch Brindisi alle unsere Flugzeuge wohlbehalten zurückgekehrt.

Flottenkommando.

Der Jahrestag von Gorlice-Tarnow

Wien, 5. Mai. (W. T. B.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Feldmarschall Erzherzog Friedrich hat folgenden Armeeoberkommandobefehl erlassen:

Ich habe am ersten Jahrestag der Durchbruchschlacht von Gorlice-Tarnow an den deutschen Kaiser folgende Worte gerichtet: „Dante vor einem Jahre durchbrachen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen in siegreicher Schlacht die russischen Stellungen in Galizien. In Treue und Berechnung gedenke ich und meine braven Kriegsgenossen an diesem Jahrestag Eurer Majestät und des glorreichen deutschen Volkes! Jene imige durch Not und Tod gefüllte Waffenbrüderschaft, die vor Jahresfrist einen der größten und folgenreichsten Siege der Weltgeschichte errungen hat, wird mit Gottes Hilfe auch weiterhin die sicherste Gewähr für unseren Erfolg bilden. Mag auch noch heute Arbeit bevorstehen, der Sieg bleibt unser.“

Erzherzog Friedrich, Feldmarschall.

Der deutsche Kaiser, der treue Freund und Bundesgenosse unseres allgerühmten obersten Kriegsherrn, hat hierauf lausvollst geantwortet:

„Ich danke Dir herzlich für Dein freundliches Telegramm. Auch ich erinnere mich in diesen Tagen, in denen sich der Beginn der großen galizischen Offensive läßt, dankbaren Herzens auf die neue der Tapferkeit und Einmütigkeit, womit die Soldaten unserer verbündeten Heere begeistert zum Sturm schritten. Ich bitte Dich, dies den unter Deinem Kommando stehenden Truppen mitzuteilen. Ein Rückblick auf die Ruhmesblüten des Vorjahres berechtigt uns zu der vertrauensvollen Hoffnung, daß der gemeinsame Wille den endgültigen Sieg erringen wird. Gott helfe dazu!“

Diese beiden Rundgebungen sind an alle Truppen zu verlautbaren.

Erzherzog Friedrich, Feldmarschall.

Der türkische Bericht

Konstantinopel, 5. Mai. (W. T. B. Nichtamtlich.) Bericht des Hauptquartiers. An der Kaukasusfront ist die Lage unverändert. Am Tage vor der Uebergabe von Kut-el-Amara glückte es einem unserer Flugzeuge, das von Hauptmann Schick geführt wurde, im Luftkampf ein feindliches Flugzeug abzuschießen, das von uns genommen wurde. Der Führer ist tot, der Beobachter gefangen. Hauptmann Schick schloß am selben Tage ein anderes feindliches Flugzeug ab, dessen Insassen verbrannten in unsere Hände fielen. — An der Kaukasusfront überraschte eine unserer Kavallerieabteilungen feindliche Kavallerie, schlug sie und vernichtete ebenso eine inoffizielle erschienene Aufklärungsabteilung des Feindes. Auf den anderen Teilen der Front unwichtige Gefechte zwischen Aufklärungsabteilungen. — Von den übrigen Fronten nichts Wichtiges.

Die Räte Englands

Manuskript über die Wehrpflicht

London, 5. Mai. (W. T. B. Nichtamtlich.) Premierminister Asquith sagte in einer Rede, in der er die neue Dienstpflicht ankündigte: Die Armee bestand im August 1914 aus sechs regulären und 14 Territorialdivisionen oder zusammen mit den überseeischen Garnisonen aus 26 Divisionen. Jetzt haben wir 42 reguläre und 28 Territorialdivisionen, also zusammen 70 und mit der Reserve 100. Die Heere und Flotte zählen jetzt fünf Millionen Mann. Im letzten Juli war festgestellt, daß eine Armee von 70 Divisionen zu ihrer Erhaltung eine wöchentliche Rekrutierung von 25 000 bis 30 000 Mann brauche. Asquith gab sodann einen Überblick über die Rekrutierungspolitik der Regierung, erwähnte kurz die Uebergabe von Kut-el-Amara und sagte: In dem Krieg gegen Napoleon habe man Pitt und Wellington ebenso Unentschiedenheit, Hindernisse und Ausschub vorgebracht, wie der jetzigen Regierung. Er schloß mit der Beteuerung der Regierung und sagte, sie könne ihre Aufgaben nur vollführen, wenn sie das Vertrauen der Nation besäße. — Carlson erwiderte, er brauche die Regierung nicht zu rühmen oder ihr seine Sympathie auszusprechen, da sie das stets selbst besorge. An dem Tage, wo die ganze Nation über sich ein Unglück, wie die Uebergabe von Kut-el-Amara trauert, kann man ihre Sorge nicht verschonen und ihr Gemüt nicht beruhigen, indem man mit schönen Worten abschwächen sucht, wovon jeder weiß, daß es ein großes Unglück ist. Was die Rekrutierung betrifft, sagt Asquith bei solchen Gelegenheiten stets, was das Land alles getan hat; aber es kommt darauf an, ob es genug getan hat. Wenn Asquith während des ersten Kriegsjahres an die Nation appelliert hätte, wäre die allgemeine Wehrpflicht schon damals eingeführt worden. John Simon sprach gegen das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht. Sir Alfred Mond sagte, die Nation könne die Bemerkungen der Regierung nur nach ihren Ergebnissen beurteilen. Wenn die Ergebnisse schlecht seien, könne die Regierung kein Vertrauen erwarten. Angesichts Englands, Kut-el-Amara und Gallipoli sei es unmöglich, Vertrauen zur Regierung zu haben. Es sei nötig, daß die Regierung das Vertrauen, das unweifelhaft sehr erhöht sei, wiedergewinne. Wenn das unmöglich sei, seien Remonstrationen ein geringeres Übel als Regierung und Parlament, die keine Fühlung mit der allgemeinen Stimmung im Lande haben. In diese Lage treibe man hinein; es könne eine gefährliche Lage werden. Brinsford (Liberal) sagte, die Schwierigkeiten der Regierung hätten mit der Bildung der Koalition begonnen, weil ein Teil der Presse seitdem gegen das Prinzip der Freiwilligkeit agitiert habe. Major Wood (Unionist) sagte, die Regierung habe in der Frage der Rekrutierung nichts getan, außer wenn sie durch die Presse oder das Parlament, dazu gezwungen werde. Es sei Zeit, daß die Kompromisse aufhören. Thomas (Arbeiterpartei) sagte, es sei nicht erkennbar, wenn die Arbeiter tief eingewurzelte Vorurteile gegen die allgemeine Dienstpflicht hätten. Die Arbeiterkonferenz hatte sie fast einstimmig verworfen. Da in diesem Kriege 20 Millionen kämpfen, würden 200 000 Mann die Entscheidung kaum herbeiführen.

Die Kämpfe am Sues-Kanal

London, 5. Mai. (W. T. B.) Die „Times“ spricht von den unerfreulichen Nachrichten über die Kämpfe östlich des Sueskanals, die mit einer gewissen Sorge zu betrachten seien. Bei dem Kampfe von Katia scheint fast eine ganze Neumantra-Brigade beteiligt gewesen zu sein, habe aber Katia

trotzdem nicht halten können. Der Artikel schließt: „Neben den Vorbereitungen am östlichen Kanalufer sind jedoch seitdem häufige Erklärungen abgegeben worden, daß die Deutschen plötzlich erkannt wahrnehmen, daß eine Kavalleriebrigade von Teile davon 50 Meilen von Port Said einer feindlichen Abwehrzahl gegenüberstehe und geschlagen wurde.“

Amerikaner über Englands „Erfolge“

New York, 5. Mai. Funkpruch vom Vertreter des einen bemerkenswerten Zeitartikels über Englands „Erfolge“. Das Blatt sagt: In militärischer Hinsicht ist die Realisation der britischen Armee in Mesopotamien ein ganz außerordentlicher Einzelvorfall des Weltkrieges, aber seine Bedeutung auf Englands Ansehen in der Welt und auf die vertrauensvolle Stimmung des britischen Volkes in der Heimat kann kaum unterschätzt werden. In dem Augenblick, wo Tausende in Ägypte liegt und durch den irischen Aufstand die verhängnisvolle Sinnlosigkeit der britischen inneren Politik zeigt, kommt die unsinnige Ausföndung einer Armee zu sicherer Nahrung und Uebergabe nicht an die Deutschen oder Osmanen, sondern an die Türken. Auf Gallipoli ist die Ruine. Amara. Was die Russen am oberen Euphrat an Ansehen für die Alliierten gewonnen haben, haben die Briten in Mesopotamien und Irland wieder verloren. Dies gereicht allen Alliierten zum Schaden, aber der Verlust an Ansehen, den England selbst in der Welt erleidet, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das Blatt nimmt Bezug auf die britischen Misserfolge bei Mons, an der Marne, an der Somme, bei Vooz, im irischen Aufstand und bei dem Streit um die Wehrpflicht Bezug und sagt: Die britische Regierung fand der Lage nicht Herr werden, weil sie sie nicht begriff, weil sie den Taktiken nicht gerecht werden kann und weil sie nur zu reben versteht. Sie hat das britische Volk jahrelang vor dem Kriege belogen. Sie hätte sich fast ganz umgar um den Krieg herumgelogen und Frankreich unterlassen, und sie hat seither nicht aufgehört zu lügen. „Tribune“ vergleicht sodann die Verhältnisse in Frankreich und England und bemerkt dazu: In Frankreich redet man von der Stärke Deutschlands, wenn man aber die britischen Zeitungen liest, so muß man den Schluß ziehen, daß Deutschland ein Verhungern und bankrott ist, daß das deutsche Volk auf dem Punkte steht, sich zu erheben, um den Kaiser zu vertreiben und Ägypten und Orien an seiner Stelle die Krone anzubieten. Was liest von angeblichen britischen Erfolgen, die in Wirklichkeit Niederlagen waren. Man erfährt, wie die Engländer Frankreich und Russland gerettet haben und dabei Belgien zu retten. Und doch weiß man, daß England niemals imstande war, zu Lande irgend etwas zu retten. Die Engländer scheinen noch immer zu glauben, daß der Krieg durch ein Wunder gewonnen werden wird, weil die Deutschen böse Menschen seien. Die Männer, die sich jetzt noch für fähig halten, die Welt zu regieren, können sehr wohl England und Irland, noch nicht einmal Wales in der Stunde der höchsten Krise regieren. Ein ganzes System ist in England zusammengebrochen. Eine Handvoll selbstvermeintlicher und eigenwilliger Politiker hat lange Zeit die Macht über die Völker gehabt und hat es fertig gebracht, ihre Misserfolge, die sie in Frankreich an den Vatermord gebracht haben würden, sich diese Macht zu erhalten. Sie haben das britische Volk betrogen, und das Ergebnis sieht man in Flandern, in Ägypten und in der ganzen Welt, und es kommt jetzt auch in Irland zum Vorschein.

Des Kronprinzen Geburtstag

Berlin, 5. Mai. Dem Kronprinzen, der heute 34. Lebensjahr vollendet, wünschen die Blätter, daß das Lebensjahr ihm die Erfüllungen bringen möchte, die jeder Vorderrunde alles Denkens und Tuns stehen, daß der Sieg weiter um seine Fahnen sei, und daß er seine Truppen zum siegreichen Frieden führen möge. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: Ein unbefangener stromwütiger, für alles Echte und alle Erkenntnis offener Sinn hat unserem Kronprinzen seit je die Herzen des Volkes gewonnen. Durch die hohe Auffassung und treue Erfüllung der Pflicht, durch seine Liebe zum Soldaten, durch sein glühendes Gefühl für Deutschlands Größe, für unsere nationale Ehre hat er sich stets als einen Hohenzoller gezeigt.

Schweden vor der Entscheidung

Stockholm, 5. Mai. (W. T. B. Nichtamtlich.) Soeben erscheint unter dem Titel „Schweden vor der Entscheidung“ eine Broschüre des Generals Rappe, früherer schwedischer Kriegsminister und Generalsinspektors, der den Krieg 1870/71 auf französischer Seite mitgekämpft hat. Die Broschüre geht von der Ansicht Englands aus, Deutschland zu verurteilen und zeigt, daß der Entfesselungsbegriff im Norden, also über Schweden, geschloffen werden müsse. Die Befestigung Åland sei eines der Hauptmittel, die Schweden unter den Willen der Entente zu bringen. General Rappe fordert daher die unmittelbare Neutralität der Inseln. Jetzt sei der Augenblick gekommen, das Recht des Landes zu behaupten, das vor einer Entscheidung für die Zukunft stehe.

Eine deutsche Entschädigung für die „Tubantia“

Härtich, 5. Mai. Der „A. R. R. R.“ wird berichtet: Nach den Anterdamer Zeitungen erklärte sich Deutschland bereit, die Unterlegung der „Tubantia“ eine Barents-Entschädigung von 5 Millionen Gulden zu zahlen. Die Direktoren des holländischen Verkehrs sind zu diesem Zwecke nach Berlin abgereist.

Der Wille zur Vernichtung

Bekanntlich ist unsere kleine Kolonie Togo bereits zum Kriegsausbruch ein Opfer der vereinigten Engländer und Franzosen geworden. Solange sie hielten, das Befehl aus, behaupten zu können, haben sie die Befragungen ungestört arbeiten zu entwickeln lassen. Wie die Korrespondenz Deutsch-Weber nunmehr erzählt, sind die deutschen Befehlshaber und -offiziere stellen kürzlich interniert und die Fortführung der Betriebe verboten worden. Damit sind Tausende von Soldaten an Palam, Kaka, Gumi usw., die in jahrelanger Arbeit erlitten, rettungslos dem Untergang geweiht. Derselbe Wille, der in Südwestafrika erklärte: Wenn die Deutschen das Land wieder bekommen, wollen wir ihnen wenigstens einen Eingeborenenaufstand hinterlassen, schreißt jetzt auch in Togo die Ergebnisse deutschen Feilschens auf, daß die Konkurrenz auch für die Zukunft möglichst ausgeschaltet wird!

Franzen als Armierungssoldaten

Bukarest, 5. Mai. Die russischen Militärbehörden haben nach aus Bekarabien eintreffenden Meldungen die Ausmusterung aller Franzosen bis zu 45 Jahren aus dem Lande Schützengräben und anderen militärischen Arbeiten angewiesen. Jede Frau hat bei ihrer Einstellung zwei Schaulen und ein Kochgeschirr mit sich zu führen.

Der König von Belgien — Englands Gefangenener

Die Verl. „Germania“ erhält von neutraler Seite nachstehenden Bericht über König Albert von Belgien und seine Entlassung nach England: Das belgische Hauptquartier liegt nicht weit von dem englischen Küsten, in einem kleinen Orte, der nur als einmal im Schutzbereich der deutschen Kanonen lag. Der König selbst wohnt in einem hübschen Renaissance-Schlößchen, das in einem alten Park verborgen liegt. Es gehörte einst dem bekannten Flugzeugfabrikanten Ferdinand, der vor einigen Jahren wegen ungeheurer Millionenbetrugereien verurteilt wurde. Der verurteilte aber kurz nach Ausbruch des Krieges aus dem Gefängnis entlassen worden und arbeitete im Stabe des irischen Kriegsministers, General Haug, als dieser nach Chef des holländischen Flugzeugwesens war. In dem vom König bewohnten Schlößchen wohnt noch der belgische Minister Stevens, der in Grade das Vertrauen des Königs besitzen soll. Die Äußerungen



Kronen-Glas.

Ein Waggon Kronen-Glas eingetroffen.

„Kronen-Glas“ zeichnet sich aus durch seine kristallhelle Farbe sowie stabile Qualität und ist daher in Haushaltungen, Wirtschaften und Fremdenheimen sehr beliebt.

Kristallhelles Pressglas

Butterdosen mit Deckel	25	22	Pfg.
Käseglocken auf Teller	50	45	Pfg.
Zuckerschalen auf Fuss	20	8	Pfg.
Sturzflaschen mit Trinkglas	45	Pfg.	
Wassergläser	10	8	Pfg.
Geleegläser, schöne Form	15	10	Pfg.
Satz-Schüsseln, 6 Stück im Satz	1.10	Mk.	
Obstteller	8	6	Pfg.
Blumenvasen „Flora“	16	20	27 cm
	30	45	100 Pfg.

Schüsseln, Steinschliff-Imitation, 20, 15 Pfg.
Schüsseln, Olivenschliff-Imitation, 22, 18 Pfg.

Garnitur „Roland“

(bester Ersatz für amerik. Pressglas)

Schüsseln	40	20	Pfg.
Teller	20	18	Pfg.
Zuckerschalen	40	Pfg.	
Butterdosen	95	Pfg.	
Käseglocken	95	Pfg.	
Milchsatz, 3 teilig	110	Pfg.	
Blumenvasen	45	30	Pfg.

Für Wirte!

Kronen-Seidel in verschiedenen Formen und Größen wieder auf Lager.

Einkochgläser:

„Regina“ mit Deckel	45	55	60	65	Pfg.
mit Gummi					
„Driburgia“ m. Klammer	35	38	42	48	Pfg.
mit Deckel mit Gummi					

Regina Einkochapparat

mit Einsatz mit 6 Federn mit Thermometer jetzt noch **8⁵⁰** Mk.

Betrifft:

Einkochgläser.

Da die Sodafabriken neue Abschlüsse nicht annehmen können und Soda zur Herstellung von klarem Glase erforderlich ist, so müssen die Glashütten zu Ersatzmitteln greifen.

Es ist fraglich, ob sich die neue Kriegsschmelze, welche von grünlicher Farbe sein wird, als Material für Einkochgläser bewährt; jedenfalls bedarf es erst monatelanger Versuche.

Dadurch dass wir bereits ca.

70 000

Einkochgläser aus bestem erprobtem Glase auf Lager genommen haben, werden wir von diesem Uebelstande

nicht betroffen.

Wir liefern nach wie vor unsere bewährten Marken

„Regina“ und „Driburgia“ in bekannt guten Qualitäten.

Kaufhaus **A. Württemberg** G. m. b. H. Wiesbaden Neugasse.

Maria-Hilf-Pfarrei:

Mai-Andachtsbüchlein

Von E. Thill, S. J.

Betrachtungen über das Leben der Gottesmutter für den Maimonat.

Preis 40 Pfennig.

Zu beziehen durch

Buchhandlung Hermann Rauch
Wiesbaden, Friedrichstraße 30.

Schlangenbad im Taunus

HOTEL VIKTORIA
UND RESTAURANT

ERÖFFNET AM 1. MAI

R W H

Rheinisch-Westf. Handels- u. Schreib-Lehranstalt

für Damen und Herren

46 Rheinstr. 46

Vormittag, Nachmittag und Abend-Kurse.

Besondere Damen-Abteilungen.

Inhaber: **Emil Straus.**

Prospekte frei.

Rheinische Handelsschule

Bahnhofstr. 2.

Unterricht in sämtl. handelswissenschaftlichen Fächern, namentlich in allen Buchführungsarten, Rechnen, Korrespondenz, Stenograph., Maschinenschreib. u. Schönschreib. Lehrpläne gern zu Diensten.

Kirchgasse 44.

Blusen

Spez.-Firm.: Victor Langhankl.

Schmierseife 2 Pfd. Rtl. 1.10
3 Pfd. Rtl. 2.50
nach anderen 25-35 Pfd. im Stückerwerb 50 Pfg.

Zehner, Wiesbaden
Wilmannsring 6 pt. ober Hof rechts.

Rohspargelversand.

Bester Spargel „Ruhm von Braunschweig“.

1. I. Sortierung	Pfd. 55	Pfg.
1. II. Sortierung	48	
Mittelspargel I	42	
Mittelspargel II	38	
Suppenpargel	30	

Nachnahme unter Portoberechnung nicht unter 9 Pfund, Verpackung frei.

Arthur Lange, Braunschweig
Bismarckstraße 2 :: Telefon 1623.

Neues Herrschaftshaus

auf dem Grunde, herrliche Lage, mit großen Baum- und Wartenanlagen, 5 Minuten von einer Bahnstation im Kreise Korbach, geeignet für alle Zwecke, Unschäferhäuser preiswert zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Elegant möblierter, großer, heller
Edjalon mit Ballon

verloren in dem. Westendstr. 12, III.

Kriegsspende „Deutscher Frauendank“

6. Gabenliste

100. M: Herr Ad. Stieren; 50. M: Hr. D. Brange, Hr. Käthe
87.37. M: Sammlung der Heimarbeiterinnen, 3. Gabe; 30. M:
Frauenverein; 20. M: Frau Kortenhof, Frau Baronia von
Frau Stobart Köber, Frau von M., Frau D. durch Frau H.
Fraulein C. Wiersheim; 10. M: Fraulein Wende, Fraulein M.
Frau Vorländer Hindt; 7. M: Dienstadt-Kriegsspenden; 2.
Frau Rittstatter Späth, Frau Professor Müller, Frau Schulz,
Raffung, Frau Goebl, Fraulein C. Behm; 4. M: Frau
Wülken; 3. M: Hr. R., Frau Harter von Dunsollen, Frau Rittstatter
C. Untel; 2. M: Frau A. Rode.

1. Gabenliste	M. 13513.83
2. Gabenliste	M. 17431.85
3. Gabenliste	M. 6333.25
4. Gabenliste	M. 2433.51
5. Gabenliste	M. 1719.92
6. Gabenliste	M. 472.37

Gesamteinnahme bis 1. Mai 1916: M. 42 124.75

Um weitere Gaben wird herzlich gebeten!

Der geschäftsführende Ausschuss.

Neue Sommerstoffe!

Schleierstoffe — Batiste — Gitterstoffe
bestickt und glatt, weiss und farbig.

Musseline — Kreppstoffe — Satin
in schönen neuen Mustern.

Bedruckter Madapolam — Zephir
für Herrenwäsche und Blusen.

Seidenstoffe und Halbseiden
Taffet — Bengaline — Kaschmirseide
Eolienne — Crepellne.

Tägl. Eingang von Neuheiten.

Infolge Ersparnis hoher Ladenmiete und günstiger Kass-
Einkäufe **Billige Preise!**

Christine Litter Rheinstr. 32
(Alte Post)

St. Bonifatius- u. Dreifaltigkeits-Pfarrei:

Mai-Andacht

Das ist:

Die Verehrung der allerblickten Himmels-
königin und jungfräulichen Mutter Maria im
Maimonat, für Kirche und Haus eingerichtet.

Von Pfarrer J. Eming.

Preis 30 Pfg. Gebirgsausgabe 10 Pfg.
Nach anderen 10 Pfennig Porto mehr.

Bestell- und zu beziehen durch

Buchhandlung Hermann Rauch
Wiesbaden, Friedrichstraße 30.

Schulstiefel, Turnschuhe **Kuhns** Schuhgeschäften
kauft man am besten in
Wellerstraße 28 — Bleichstraße
Hornbrecher Nr. 6236.